

Stellungnahme der Gruppe „ZAK“, Zusammen Aktiv Kämpfen – Sulzbach Rosenberg, zu der Kampagne "Klassenkampf statt Wahlkampf - Gegen den Notstand der Republik"

Angesichts der Tatsache, dass die Menschen in Deutschland immer mehr der Kriminalisierung von staatlichen Institutionen ausgesetzt sind, ist es notwendig, mit Kampagnen und Veranstaltungen über die repressiven Maßnahmen des Staates – wie zum Beispiel Online-Durchsuchung, Internetzensur und -überwachung, Militär im Inneren – aufzuklären. Darüber hinaus muss den Menschen klar werden, welche Ziele der Staat mit den Maßnahmen verfolgt. Dass er damit nicht nur islamistischen Terrorismus bekämpft, liegt auf der Hand. Die Regierung von Deutschland strebt wieder die Weltmacht (mittels der EU) sowie wie jeder andere vom Kapitalismus gesteuerte Staat den höchstmöglichen Wohlstand im eigenen Land an. Um diesen zu erreichen, werden ärmere Länder enorm ausgebeutet. Damit bei diesem Vorhaben keiner dazwischen funkt, muss der Friede im eigenen Land gewährleistet sein und dies schafft der Staat mit der verschärften Kontrolle der eigenen Landsleute. Weshalb sonst werden reihenweise die Versammlungsgesetze verschärft? Weshalb sonst liegt die Kontrolle des Geheimdienstes und des BKAs in den Händen eines nicht öffentlichen Gremiums?

Deshalb halten wir es für eine Notwendigkeit, die Kampagne zu unterstützen, damit die Arbeiterklasse massiv Klassenkampf betreiben kann, wie zum Beispiel in Form eines Streiks bei einer Industrie zur Herstellung von Kriegswaffen, um die imperialistischen Machtbestrebungen Deutschlands zu unterbinden. Weiterhin ist eine Art Ursachenanalyse und -bekämpfung von Denken und Verhalten in Konkurrenz zueinander notwendig. Hierbei ist es erforderlich, sowohl das Gedankengut als auch die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu bekämpfen, um somit ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung zu schaffen.